



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 17. März 2023 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

diese Bundestagswoche fand heute Abend für mich einen Abschluss mit einem besonderen Besuch aus meinem Wahlkreis. Der Verein Weilburg erinnert e.V., tätig in der gleichnamigen Stadt, erinnert an die Opfer des Nationalsozialismus und an die Verheerungen des letzten Weltkrieges auf europäischem Boden. Dieser Verein besuchte heute den Bundestag in der Zeit, in der ein – fälschlicherweise überwunden geglaubtes Phänomen die Debatte über Gegenwart und Zukunft prägt: Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf europäischem Kontinent.

Die Situation in der Ukraine wird auch auf der Tagesordnung stehen, wenn der Europäische Rat - der Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs - am 23./24. März zusammenkommt. Zu diesem Anlass fand am Donnerstagmorgen eine Debatte statt, in der unser Fraktionsvorsitzender die Position und Haltung der CDU-/CSU-Fraktion klar gemacht hat: Vom EU-Gipfel muss ein starkes Signal zur unverminderten europäischen Solidarität mit der Ukraine ausgehen. Hierzu gehört derzeit v.a. die rasche und substantielle Unterstützung der Ukraine in Hinblick auf Munition. Nachdem die Bundesregierung durch ihre Panzerblockade das Vertrauen unserer Partner aufs Spiel gesetzt

hat, müssen dem Selbstanspruch einer deutschen Führungsrolle nun konkrete nächste Schritte bei der Unterstützung der Ukraine folgen.

Sicher bin ich mir, dass Sie die Nachricht der Woche bereits gehört haben. Heute morgen hat die Ampel-Koalition mit ihrer Mehrheit eine Wahlrechtsreform verabschiedet. Dass der Bundestag kleiner werden soll, ist politischer Konsens zwischen allen Fraktionen. Es wird auch immer wieder in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern eingefordert. Aber so, wie es die Ampel am heutigen Morgen vollzogen hat, ist es staatspolitisch in hohem Maße bedenklich. Ich halte diese Ampel-Wahlrechtsreform für demokratiefeindlich und verfassungswidrig. Meine Fraktion hat dieser Reform daher nicht zugestimmt. In der medialen Diskussion ist es bereits angeklungen: Diese Fragen werden jetzt zeitnah beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zum Thema werden.

Weitere Themen dieser Woche: Wir fordern eine Forschungsstrategie zur Ausleuchtung von Ursache, Folgen und Behandlungsmöglichkeiten von Long COVID. Außerdem: Der Verbotsideologie der Grünen setzen wir Eigenverantwortung und Freiheit entgegen.

Herzlichst,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Ampel-Wahlrechtsreform wird jetzt ein Fall für das Verfassungsgericht
- Freiheit statt Verbote: Wir setzen auf die Stärkung des mündigen Bürgers
- Besuche und Termine in dieser Woche
- Gute Nachricht der Woche: Oscar-Rekord für Deutschland

Verfassungswidrige Ampel-Wahlrechtsreform

Am heutigen Morgen hat die Ampel ihre Wahlrechtsreform beschlossen. Als politisch gemeinsames Ziel gilt die Verkleinerung des Deutschen Bundestags. Aber das gewählte Mittel der Ampel zielt auf die Entwertung der personalisierten Komponente und der Erststimme der Wählerinnen und Wähler. Ebenso empörend: Die Abschaffung der Grundmandatsklausel, die klar einen Angriff auf die CSU darstellen soll.

Standpunkt: *Nach dem Vorschlag der Ampel ist es sowohl möglich, dass etwa die CSU alle Wahlkreise in Bayern gewinnt und dennoch keinen einzigen Abgeordneten ins Parlament entsenden kann, wenn sie bundesweit nicht über die 5 Prozent-Hürde kommt. Darüber hinaus bleibt es ein Unding, dass gewonnene Wahlkreise nicht mehr automatisch auch einen Sitz im Parlament bedeuten. Ich halte all diese Punkte für eine grobe Missachtung des Wählerwillens. Die Union hat mit einer deutlichen Reduzierung der Anzahl der Wahlkreise und einem echten Zwei-Stimmen-Modell Alternativvorschläge eingebracht, die von der Ampel nicht berücksichtigt werden. Nicht nur dieses Ignorieren des Bürgerwillens seitens der Ampel ärgert mich indes. Während das Parlament, dessen Aufgabe die Kontrolle der Regierung ist, richtigerweise verkleinert werden soll, wird die Regierung immer weiter aufgebläht. Ein Zuwachs an Stellen in den Ministerien auf nunmehr über 30.000 Mitarbeiterinnen*

und Mitarbeiter, 168 neue Top-Beamte und eine Rekordzahl von 37 (!) Parlamentarischen Staatssekretären lassen jede Bemühung vermissen, selbst Einsparungen vorzunehmen. Noch dazu wird parallel der aus der Zeit gefallene gigantische Erweiterungsbau des Bundeskanzleramtes weiter vorangetrieben. Finanzminister Lindner hat Recht, wenn er ihn auf den Prüfstand stellen will. Er sollte es allerdings tun, solange nicht auch die letzten Mauern für den Neubau abgerissen sind. •

Freiheit und Verantwortung statt Verboten.

Anlass der aktuellen Stunde am Mittwoch auf Antrag meiner Fraktion waren bekannt gewordene Pläne der Bundesregierung, ab dem kommenden Jahr neue Öl- und Gasheizungen zu verbieten. Das ist undurchdacht und geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen sowie an der seriösen Umsetzbarkeit deutlich vorbei. Auf europäischer Ebene will die FDP das von SPD und Grünen mitgetragene Verbot der Neuzulassung von Verbrennermotoren verhindern.

Standpunkt: *Verbote sollten nicht das erste Mittel der Wahl sein. Durch die Besteuerung von CO₂ und sinnvolle Förderprogramme zur Unterstützung der Dekarbonisierung im Gebäudebereich und im Verkehr können die Klimaziele gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und nicht gegen sie erreicht werden. Wir wollen den mündigen Verbraucher stärken. So ist das kontraproduktiv. •*

Hochrangiger Besuch aus Indonesien.

Viele spannende Gespräche konnte ich auch in dieser Woche wieder führen. So begrüßte ich eine große Delegation aus Indonesien im Deutschen Bundestag. Hochrangige Vertreter des Innenministeriums in Jakarta, aber auch von Provinzregierungen des Inselstaates sind derzeit in Deutschland zu Gast, um mehr über den föderalen Aufbau Deutschlands zu erfahren - nicht zuletzt weil derzeit vor Ort komplett neue Verwaltungsstrukturen aufgebaut und entsprechendes Personal ausgebaut werden muss.



Thema unseres Gesprächs war das bundesrepublikanische System der Wirtschaftsförderung und welche Vor- und Nachteile die föderale Struktur unseres Landes auf diesem Feld bietet.

Herzlichen Dank für den spannenden Austausch und auch an die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Organisation der Studienreise! •

Lage in Republik Moldau schwierig.

Angesichts des russischen Angriffskrieges rückt die Lage in der benachbarten Republik Moldau ebenfalls immer mehr in den Fokus unserer Aufmerksamkeit. Eine pro-europäische Regierung unter Präsidentin Maia Sandu sieht sich anhaltend russischer Destabilisierungsversuchen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass Teile des Landes bereits unter russischem Einfluss stehen (Transnistrien).



Als stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe mit Bulgarien, Rumänien und Moldau verfolge ich die Lage dort schon seit Längerem. Diese Woche konnte ich mich dazu auch mit der moldauischen Innenministerin, Ana Revenco, sowie der Leiterin des neuen Büros der Adenauer-Stiftung in der Hauptstadt Chişinău, Dr. Brigitte Triebel (*siehe Foto*), austauschen. Wir stehen an der Seite Moldaus und unterstützen das kleine Land in seinem mittelfristigen Bestreben, ein vollwertiges EU-Mitglied zu werden. •

„Weilburg erinnert“ in Berlin

Besonders habe ich mich über den Besuch des Vereins „Weilburg erinnert“ im Bundestag gefreut.

Der Verein setzt sich für eine aktive Erinnerungskultur und für die Förderung der Erinnerung an mutige Bürgerinnen und Bürger im Dritten Reich in Weilburg und Umgebung ein. Gleichzeitig engagieren sich die Mitglieder für ein Weilburg, in dem Rassismus und Extremismus jedweder Art keinen Platz haben und leisten so einen unverzichtbaren Beitrag in der Zivilgesellschaft meines Wahlkreises. •

Im Austausch mit EAPPI zur Situation im Nahen Osten.

Ein weiterer Gedankenaustausch fand diese Woche mit der Organisation EAPPI (ökumenisches Begleitprogramm für Palästina und Israel) statt. Themen waren die schwierige Lage in den palästinensischen Gebieten, die von den Realitäten der dortigen israelischen Präsenz geprägt sei. Das Programm unterstützt nach eigener Auskunft „lokale und internationale Anstrengungen, die israelische Besatzung zu beenden und zu einer Lösung des Konflikts durch einen gerechten Frieden beizutragen“.

Seit Jahren gibt es im israelisch-palästinensischen Friedensprozess keinerlei Fortschritte zu verzeichnen. Der Status quo ist dabei für beide Seiten kein tragbarer Zustand: Die fehlende palästinensische Staatlichkeit und die fragile Sicherheitslage für Israel können kein Dauerzustand bleiben. •

Die gute Nachricht der Woche:

Rekord für deutschen Beitrag bei den Oscars 2023

Desaster bei Bauprojekten, Vorrunden-Aus bei der vergangenen Fußball-WM oder Wahlwiederholung in unserer Bundeshauptstadt – diese drei Fallkonstellationen waren in vergangenen Zeiten Anlass für die internationale Presse, Leistungsfähigkeit und Erfolgswillen in Deutschland zu hinterfragen.

Eine kulturpolitische Sternstunde konnten wir aber in dieser Woche bei den Oscarverleihungen in Los Angeles feiern: Mit 9 Nominierungen und letztlich 4 Auszeichnungen konnte die Neuverfilmung des Anti-Kriegs-Klassikers „Im Westen Nichts Neues“ einen neuen deutschen Rekord in der internationalen Filmbranche erzielen. Neben dem Preis für den besten fremdsprachigen Film, wurde es auch für die beste Filmmusik, die beste Kamera und das beste Szenenbild ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch nach Hollywood! •